

Erweiterte Fassung eines Referates auf der schulpolitischen Tagung des SPD-Stadtverbandes Göttingen am 24. April 2015:

Schulpolitik & Schulreform in Göttingen. Hommage für Hellmut Roemer.

Klaus Wettig

Schulpolitik und Schulreform in Göttingen. Ein Rückblick auf 70 Jahre.

Lassen Sie mich zunächst über den Zeitraum der letzten 70 Jahre hinaus greifen und Ihnen die Entwicklung des Göttinger Schulwesens nach der preußischen Annexion des Königreichs Hannover 1866 skizzieren. Die Folge der preußischen Schulpolitik ist eine imponierende Schulbaupolitik um 1900, in dem sich die schulpolitischen Ziele Preussens realisieren: für die Massenbildung zahlreiche Volksschulen, wie ein Kranz an den Wallanlagen errichtet, auf acht Klassen und mehrzünftig angelegt, für erweiterte Bildungsansprüche der anwachsenden Mittelschicht: zwei Realschulen – nach Geschlechtern getrennt. Ebenfalls in der Wallanlage liegend. Und das altsprachliche Gymnasium erhält einen Neubau am Wall in unmittelbarer Nähe zum expandierenden Ostviertel, dessen Wachstum um 1880 beginnt. Schließlich entsteht ab 1890 die Kaiser-Wilhelm-II.-Oberrealschule, die die schnell wachsende Nachfrage nach einem neusprachlich-mathematisch-naturwissenschaftlichen Abitur bedient. Abgerundet wird die städtische Schulpolitik 1913 durch den Neubau des Städtischen Lyzeums, ebenfalls im Ostviertel angesiedelt. Mit dem Neubau findet die wechselhafte Gestaltung der Mädchen-/Frauenbildung, die von der höheren Töchterschule und privaten Einrichtungen einen langen Weg bis zum Hainberg-Gymnasium zurücklegte, einen dauerhaften Standort. Damit ist das Schulangebot Göttingens für über 50 Jahre vollendet. Göttingen ist als Schulstadt mit einem gut ausgebauten dreigliedrigem Schulsystem etabliert. Ergänzungen geschehen nur beim Schulbau, um der erweiterten Nachfrage bestimmter Schulformen gerecht zu werden oder weil neue Siedlungen weitere Volksschulen verlangen.

Bleibt hier anzufügen, dass auch dem Drängen von Handwerk, Handel und Industrie nachgegeben wird, sodass 1910 die Städtische Gewerbeschule bezogen werden kann. Die seit 1833 bestehende *Lehranstalt für Handlungslehrlinge zu Göttingen*, kann erst, nach mehreren Zwischenstufen, 1935 einen Neubau beziehen. Als erste Berufsschule bietet sie auch weiterführende Abschlüsse an. Die spätere Gesetzgebung gliedert sie in das System der Berufsbildenden Schulen ein.

Das sozialdemokratische Bildungsprogramm hätte erwarten lassen, dass die Revolution 1918/19 tiefgreifende Veränderungen des klassenbestimmten Schulsystems bewirken würde. Es bleibt nur bei einer nicht unwichtigen Korrektur: die Vorschule wird abgeschafft. Dort hatten sich die Schülerinnen und Schüler für den späteren Besuch der Realschulen, Oberrealschulen und Gymnasien getrennt von den weniger wohlhabenden Jahrgangskollegen vorbereiten können.

Selbstverständlich gegen Schulgeld. Ab 1919 ist für alle die gemeinsame vierjährige Volksschule verbindlich, jedoch ohne Koedukation.

Weiterreichende Veränderungen scheitern in den Schulkämpfen des Jahres 1919, vor allem gelingt es der Katholischen Kirche, in den katholischen Teilen des Reiches hunderttausende zur Verteidigung der geistlichen Schulaufsicht und der Bekenntnisschulen zu mobilisieren. Nur die geistliche Schulaufsicht kann eingeschränkt werden, die Bekenntnisschule bleibt erhalten.

Der Schulkompromiss der Weimarer Reichsverfassung faßt die Mehrheitslage in der Nationalversammlung zusammen: Die Schulartikel der Weimarer Reichsverfassung verschieben weitere Entscheidungen auf ein Reichsschulgesetz, das jedoch nicht zustande kommt. Die sozialdemokratische Forderung nach einer *Einheitsschule* bleibt eine Papierformel. Auch das mit kurzen Unterbrechungen stets sozialdemokratisch regierte Preußen schaffte unter seinen Kultusministern *C.H. Becker* und *Adolf Grimme* keinen Durchbruch. Selbst in der Frage der Schulgeldfreiheit bei den weiterführenden Schulen, die den Schulträgern überlassen bleibt, geschieht wenig.

Schon gar nicht in Städten mit bürgerlichen Mehrheiten. In Göttingen wird die SPD nach dem Fortfall des Drei-Klassenwahlrechts zwar stärkste Fraktion im Rat, doch sie steht einem *Bürgerblock* von konservativen und liberalen Parteien sowie einer Wählergemeinschaft von Handel und Handwerk gegenüber.

Nur mit einer Entscheidung tritt diese Gruppierung aus der traditionellen Schulpolitik heraus: Mit dem Bau einer neuen Oberrealschule, dem heutigen Felix-Klein-Gymnasium. Die Veränderungen wenig zugeneigte Ratsmehrheit akzeptiert den Entwurf von *Walter Krauspe*, einem Vertreter des Neuen Bauens, der nach seiner Realisierung Schultourismus nach Göttingen leitet. Das heutige FKG erwarb den Ruf des modernsten Schulbaus der Weimarer Republik.

Die Nazizeit änderte nichts am dreigliedrigen Schulaufbau, nur die Inhalte wurden durch zentrale Erlasse auf die NS-Ideologie festgelegt. Im Schulbau entsteht nur ein Neubau, die Egelsbergschule, eine Volksschule in einem neuen Siedlungsgebiet im Westen der Stadt und mit Ausrichtung auf die Personalwohnungen des Militärflughafens.

Die Nachkriegszeit stellte Göttingen und dem umliegenden historischen Landkreis vor außerordentliche Probleme. Die Verdoppelung der Bevölkerung durch Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte können in den bestehenden Schulen nicht bewältigt werden, obwohl die Schulen nur geringe Kriegsschäden erlitten haben, bleiben sie noch lange in der Nutzung als Lazarett oder Sammelwohnung für Displaced Persons. Unterrichtsausfall und Schichtunterricht sind die Folge sowie rigorose Beschränkungen des Übergangs auf die weiterführenden Schulen. Der Probeunterricht wird zum Instrument der quantitativen Steuerung.

Und es wiederholt sich der quälende Streit zwischen dem Landkreis und Stadt über die Aufnahme von Landkreiskindern in die städtischen Realschulen und Gymnasien, der schon das Stadt-/Landkreisverhältnis in der Weimarer Republik bestimmt hatte, erst in den 1960er Jahren fand er ein Ende. Bessere Bildungschancen für ihre Kinder verlangen auch die Flüchtlingsfamilien in den Landgemeinden und mit der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse bieten sich dafür die städtischen Schulen an. Ein Andrang, der wenig Zustimmung bei Ratsmehrheit und Verwaltung findet, wobei Ratsmehrheit wiederum *Bürgerblock* unter Führung durch eine starke FDP-Fraktion bedeutet.

Den Landkreis zwingt diese Zugangsblockade zur Errichtung einer Kreismittelschule, die 1950 in der ehemaligen Kaserne des Militärflughafens beginnt. Später bekommt sie den Namen *Gerhart-Hauptmann-Schule*.

In der Rückschau bleibt es erstaunlich, wie zögerlich Rat und Verwaltung den Schülerdruck durch neue Schulen beantworten. Erst 1952 wird mit der *Brüder-Grimm-Schule* die erste Entlastungsschule bei den Volksschulen fertig. Schließlich beginnen auch die Planungen für ein viertes Gymnasium, um die übervollen Gymnasien zu entlasten. Auch diese Schule beginnt 1957 in einer ehemaligen Kaserne, immerhin als Koedukationsschule. Der Neubau liegt wiederum im Ostviertel; das heutige *Theodor-Heuss-Gymnasium* kann 1961 bezogen werden.

An Zubau bei den Realschulen dachten Rat und Verwaltung nicht. Dieser bleibt dem Landkreis überlassen, der eine zweite Landkreis-Realschule in Weende errichtet, die 1964 bezogen wird.

Im Kreistag und in der Kreisverwaltung beginnt zudem Ende der 1950er Jahre eine Diskussion, die auf ein Gymnasium in Kreisträgerschaft hinarbeitet, denn die Abhängigkeit von der städtischen Schulpolitik soll Kreiskinder nicht weiterhin vom Besuch eines Gymnasiums abhalten. Als Standort wurde Grone ins Auge gefasst. Bei der Rückschau auf diese Wiederaufbaujahre fallen folgende Punkte auf:

- die konservative Finanzpolitik von Rat und Verwaltung, die vor Verschuldung zurück schreckt, bremst den zügigen Ausbau des Schulsystems. Nur mit Zugangsrestriktionen können die weiterführenden Schulen arbeitsfähig gehalten werden.
- Reformimpulse gibt es nicht. Wenn man will, kann man die vorsichtig beginnende Koedukation am IV. Gymnasium als Reform ansehen. Auch der einzügige Aufbauzug, der 1950 als Realschulzweig nach dem 6. Schuljahr beginnt, war eher sozialpolitisch als ein Beitrag zur Schulreform gemeint, denn er war schulgeldfrei.
- erstaunlich finde ich, dass es keine Anstöße aus der Universität, aus dem Pädagogischen Seminar zu Reformen gegeben hat, wo mit *Herman Nohl* und *Erich Weniger* zwei renommierte Wissenschaftler lehrten. auch aus der 1946

gegründeten Pädagogischen Hochschule kommen keine Anregungen. Die Göttinger Schulen werden für Hospitationen und Praktika intensiv genutzt, doch ein Dialog mit der Politik über milde Reformen, vielleicht sogar Experimente, kommt nicht zustande.

Erstaunlich ist auch, dass über Jahrzehnte ein *Institut für Erziehung und Unterricht* im Pädagogischen Seminar residiert und niemand auf die Idee kommt, aus dieser privaten Veranstaltung mit vielen Nachteilen für die Besucherinnen und Besucher, ein staatliches Abendgymnasium zu machen, oder neben dem Braunschweig-Kolleg mit einem Göttinger-Kolleg eine weitere niedersächsische Einrichtung des Zweiten Bildungswegs zu gründen. Während der Existenz des Instituts bereiteten sich dort gut 1000 Erwachsene – Vertriebene, Sowjetzonen-/DDR-Flüchtlinge, Aussiedler und Berufstätige – auf Realschule und Abitur vor. Auch *Gerhard Schröder* gehörte zu den Realschülern. Erst Kultusminister *Peter von Oertzen* beendet diesen Zustand und genehmigt das vom Landkreis beantragte Abendgymnasium, das zum Schuljahr 1972/73 den Schulbetrieb aufnahm.

In diesen Zusammenhang passt auch, dass 1962 bei der Eingliederung der Hochschule für Sozialwissenschaften in die Universität, das in Wilhelmshaven betriebene Propädeutikum verschwindet. An einer Einrichtung des besonderen Zugangs zum Studium bestand kein Interesse bei der Universität. Immerhin setzt das Land Niedersachsen die Arbeit des Propädeutikums mit dem Oldenburg-Kolleg fort.

Entschuldigend über diese gut zwei Jahrzehnte andauernde schulpolitische Situation muss man sagen:
Göttingen war kein Einzelfall.

Nachdem sich die amerikanische und die britische Militärverwaltung entschieden hatten, entgegen den Vorschlägen von deutschen Emigranten, das deutsche Schulsystem unverändert zu lassen, lief in den drei westlichen Besatzungszonen der Wiederaufbau in den gewohnten Bahnen. Nur in der SBZ/DDR wird das dreigliedrige Schulsystem zur gemeinsamen Oberschule umgebaut, an die sich die Erweiterte Oberschule (EOS) anschließt, deren Zugang jedoch politisch kontrolliert wird. Der EOS-Abschluss berechtigt zum Studium, das wiederum politischer Kontrolle unterliegt. Daneben bestehen Sonderwege, die aus dem Beruf zum Studium führen.

Es entstand, wie es der Göttinger Pädagoge *Erich Weniger* ausdrückte: die „*Alte Schule minus Nationalsozialismus*“.

Dass in der ersten Runde des Wiederaufbaus die Beseitigung der Kriegsschäden und die Expansion des Schulsystems Vorrang hatten, um die Folgen von Flucht und Vertreibung aufnehmen zu können, dafür muss man Verständnis aufbringen. Dass aber dann der schulpolitische Stillstand 1955 mit dem Düsseldorfer Abkommen der Kultusminister für weitere zehn Jahre perpetuiert wird, ist nur aus dem tiefen Konservatismus der Adenauer-Zeit zu erklären. Auch die SPD-Kultusminister

akzeptierten die Stillstands-Formel, die vordergründig mit dem Gedanken der Einheit des Schulsystems begründet wird. Ein Auseinanderdriften sollte verhindert werden.

Nun ist es nicht so, dass in den SPD-regierten Ländern überhaupt nichts passierte. In Niedersachsen ordnete die SPD-geführte Landesregierung 1954 die Schulgesetzgebung des aus vier Teilen zusammengesetzten Landes. Das Verhältnis zwischen Land und Schulträgern wird neu definiert, die Rechtsstellung der Lehrer klar gestellt, die Schulgeldfreiheit kommt schrittweise und die Bekenntnisschulen werden zurück gedrängt, wogegen es massenhafte Proteste gibt. Und die Verbesserung des Landschulwesens wird schulpolitischer Schwerpunkt, wofür sich der Landkreis besonders engagiert.

Als Fußnote kann man anfügen: Manche dieser als Mittelpunktschulen errichteten Volksschulen wären nicht gebaut worden, wenn damals das Konzept der Schulzentren Planung und Bau bestimmt hätten. Bei einigen dieser Mittelpunktschulen begann schon ein Jahrzehnt nach ihrem Bezug der Prozess der Schließung zu Gunsten von Schulzentren.

Einen Hoffnungsschimmer für die Schulreform verbreitete dann 1959 das Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen. Der *Rahmenplan* zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinen öffentlichen Schulwesens blieb Papier.

Der Einstieg in die Vorschläge des Deutschen Ausschusses wäre zweifellos zum Beginn der unterbliebenen Schulreform geworden, obwohl die Kritiker Recht hatten, wenn sie den Vorschlägen vorwarfen, „Sie lassen ein überzeugendes Konzept vom Sinn der Bildung und vom Aufbau des Volkes ja geradezu von seiner Zukunft vermissen“. Es geschah jedoch nichts.

In Niedersachsen begann 1955 nach dem Kraftakt der Schulgesetzgebung eine Epoche es schulpolitische Stillstands. Mit der Bildung einer Anti-SPD-Koalition stolpern zunächst zwei völlig unfähige FDP-Minister durch die Bildungspolitik. In Erinnerung bleibt der aus Göttingen stammende rechtsradikale *Leonhard Schlüter* nur durch die *Schlüter-Affäre*. Als die SPD 1957 in die Regierung zurückkehrt, greift sie jedoch nicht das frei gewordene Kultusministerium, sondern mit *Richard Langeheine*, aus der an der Regierung beteiligten Deutschen Partei, wird ein geschickter Konservativer Minister, der Niedersachsens Schulpolitik nachhaltig prägen wird.

Als 1959 die SPD die Landesregierung erneut gewinnt, besetzt sie das Kultusministerium wiederum mit *Richard Voigt*, von dem jedoch keine Reformimpulse mehr ausgehen, so dass wenig Kritik in der SPD entsteht, als bei der Regierungsbildung 1963 das Kultusministerium erneut an die FDP fällt. Der Schadensfall eines FDP-Kultusministers wiederholt sich: der zunächst benannte Göttinger Oberbürgermeister *Gottfried Jungmichel* muss verzichten, als seine NS-

Vergangenheit bekannt wird. Ihm folgt als zweite Wahl, ein zur FDP gewechselter Politiker aus der Deutschen Partei, der als Botschafter in den Niederlanden wirkte. *Hans Mühlenfeld* verstoßert den Abschluss des Niedersachsen-Konkordats 1965 und die Konkordatswirren münden in eine Große Koalition, in der *Richard Langeheine* – inzwischen einflussreicher CDU-Politiker – wiederum das Kultusministerium besetzt. Zwar beseitigt die Große Koalition durch Verfassungsänderung die alleinige Bekenntnisschule im Landesteil Oldenburg, doch die folgenden fünf Jahre setzen den Stillstand fort.

Langeheine laviert in der beginnenden bildungspolitischen Diskussion. Er widerspricht nicht, aber er verzögert. Nur in der Frage des Übergangs zu den weiterführenden Schulen stimmte er dem Fortfall des Probeunterrichts zu und es beginnen Versuche mit dem differenzierten Mittelbau. Hierfür gibt es überraschende Zustimmung beim Niedersächsischen Landvolk, das von der Weiterentwicklung und der Gründung von Schulzentren eine weitere Verbesserung der Bildungschancen im ländlichen Raum erwartet.

In der Langeheine-Zeit verändert sich die bildungspolitische Diskussion zentral: die Popularisierung der bildungsökonomischen Analysen von *Friedrich Edding* durch *Georg Picht* und *Ralf Dahrendorf* durchbrechen die bestehenden Blockaden. Der Kassandraruf von der Bildungskatastrophe, festgemacht an zu geringen Abiturientenzahlen, der Benachteiligung von Arbeiter- und Landkindern, erklärt mit der Versäulung des dreigliedrigen Schulsystems, erschüttert die Stagnation. Die 68er-Bewegung schafft dann zusätzliche Energie.

In der SPD entstehen in Berlin unter dem Schulminister *Carl-Heinz Evers* und in Hessen unter *Ludwig von Friedeburg* erste Überlegungen, mit einer neuen Schulform – der *Gesamtschule* – auf die bildungspolitischen Forderungen zu antworten. Als 1966 die SPD in Nordrhein-Westfalen die Landtagswahl gewinnt, findet auch dort die Gesamtschul-Idee vorsichtige Unterstützung.

In Niedersachsen geschieht nichts. Die Große Koalition wird 1967 fortgesetzt, Langeheine bleibt. Nur an einer wichtigen Stelle bahnt sich Veränderung an. In die SPD-Landtagsfraktion ist *Peter von Oertzen* erneut eingezogen. Sein alter Wahlkreis Göttingen hat ihn wieder aufgestellt und seine glatte Wiederwahl verschafft ihm den notwendigen Manövrierraum in der SPD. Oertzen war kein gelernter Bildungspolitiker, aber er hatte sich sorgfältig vorbereitet, denn bei der schwachen Personallage der Niedersachsen-SPD durfte er damit rechnen, sehr bald ihr bildungspolitischer Sprecher und bei veränderten Mehrheiten auch Kultusminister zu werden. Freilich muss er drei Jahre warten, in denen er in der Koalition zum Antreiber und Gegenspieler Langeheines wird.

Als er 1970 durch die Auflösung des Landtages ein Jahr früher als erwartet Minister wird, sind die Bedingungen in der neuen SPD-Alleinregierung besonders günstig, denn er ist inzwischen in einer Kampfabstimmung der Vorsitzende der

niedersächsischen SPD geworden. Er hatte das Reformprogramm für den Umbau des niedersächsischen Bildungssystems – Schule und Hochschule – geschrieben und das Regierungsprogramm der Regierung *Alfred Kubel* stellte ihm hinreichende Ressourcen zur Verfügung und die notwendigen Vollmachten.

Es dürfte Sie nicht überraschen, wenn ich ihnen vortrage, dass das Kultusministerium 1970 in keinem guten Zustand war. Es verwaltete das bestehende Bildungssystem, weder aus der Schul- noch aus der Hochschulabteilung gab es Reformanstöße. Mit dem Grundsatzreferat der Schulabteilung wäre die Planung von Gesamtschulen nie zu leisten gewesen. Erst 1971 konnte mit *Herbert Kastner* der Gesamtschulreferent seine Arbeit aufnehmen.

Niedersachsen besaß eine sorgfältige Vieh- und Obstbaumzählung, aber die Schulstatistik lieferte keine ausreichenden Daten für den beabsichtigten Umbau des Schulsystems. Dass mit dem Bau von Sekundarstufenzentren, des Starts der Orientierungsstufe, den ersten Gesamtschulen und einer umfassenden Schulgesetzgebung trotzdem der Einstieg in die Schulreform gelang, zeigt die außerordentliche Leistung dieser Jahre.

Peter von Oertzen war selbstverständlich an der Bildungspolitik in seinem Göttinger Wahlkreis interessiert – nicht nur an der Hochschulpolitik, auch an der Schulpolitik.

In der Schulträgerschaft fand er 1967 eine, gegenüber seiner früheren Göttinger Zeit, veränderte Trägerschaft vor. Das Göttingen-Gesetz von 1964 hatte die weiterführenden Schulen auf den Landkreis übertragen, um nach den Eingemeindungen in die Stadt dem Landkreis hinreichende Aufgaben zu belassen. Den Göttinger Realschulen und Gymnasien war der Trägerwechsel durchaus bekommen, denn der neue Schulträger füllte die neue Aufgabe mit Engagement und beachtlichen Investitionen aus. Auch die Planungen für das V. Gymnasium kamen in Gang. Es wurde nicht in Grone errichtet, sondern auf der Bahnhof-Westseite. Hier war nach der Aufgabe des Bundesbahnausbesserungswerkes Stadtentwicklung gefragt, die mit dem Bau des *Otto-Hahn-Gymnasiums* begann.

Es wurde durch seine Lage das erste gymnasiale Angebot in der Weststadt und wegen der Verkehrsanbindung mit starker Ausstrahlung in den Landkreis.

Diese traditionelle Ergänzung der Göttinger Schulpolitik durfte für die Göttinger SPD nicht alles gewesen sein, deshalb gab es Korrekturen bei der Kandidatenaufstellung für die Kreistagswahl 1968. Mit *Hellmut Roemer*, *Inge Wettig-Danielmeier* und *Norbert Drobik* wurden Kandidaten auf sicheren Plätzen aufgestellt, die die bildungspolitische Diskussion des SPD-Ortsvereins Göttingen vorher bestimmt hatten. Drobik und Wettig-Danielmeier hatten die Hindernisse des bestehenden Schulsystems selbst erfahren und über den Zweiten Bildungsweg überwinden müssen. Drobik nach einer Maurerlehre, er hatte dann Medizin studieren können.

Man darf sich die Festlegung einer SPD-Kreistagsfraktion auf Reformziele in der Schulpolitik nicht zu einfach vorstellen. Außerdem war zu beachten, dass die SPD zwar mit großem Abstand die stärkste Fraktion im Kreistag stellte, doch zur Mehrheit war ein Partner notwendig, zunächst die CDU, später die FDP. Skepsis bei der altgedienten Kreistagsfraktion war schon vorhanden, zumal bei den Lehrern. Nicht jeder Pädagoge ist auch ein Reformler. Was half war die bildungsfreundliche Haltung des damaligen SPD-Oberkreisdirektors *Hans Kellner* auch der ehrenamtliche Landrat *Klaus-Peter Bruns* unterstützte die Reformabsichten.

Der erste Schritt war bescheiden, doch für die Göttinger spektakulär. Die Dreier-Gruppe setzte die Einführung der Koedukation ab Schuljahr 1970/71 an allen weiterführenden Schulen durch. Es gab einiges an Gemurre und Aufregung. Selbstverständlich musste nachgerüstet werden, aber die Umstellung vollzog sich problemlos Jahr für Jahr.

Zum Opfer fiel der Koedukation ein gesellschaftliches Ereignis: der besondere Charakter des Schulballs im Hainberggymnasium, dem ehemaligen Gymnasium für Mädchen.

Nachdem in Berlin und Hessen die Einrichtung von Gesamtschulen begonnen hatte, schaffte am 30./31. Januar 1969 die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates mit ihrer eindeutigen Empfehlung zur „*Einrichtung von Schulversuche mit Gesamtschulen*“ politischen Freiraum, der in der Großen Koalition Niedersachsens freilich mit Hinhaltenmanövern des Taktierers Langeheine beantwortet wurde. Seine Antworten auf das Drängen der SPD zeigen, solange Langeheine Kultusminister bleibt, wird es ein breites Versuchsprogramm für Gesamtschulen nicht geben.

Mit der Übernahme des Kultusministeriums durch Peter von Oertzen im Sommer 1970 war dann der Weg frei. Würde der Landkreis Göttingen dringend benötigten Schulraum in der Form von Gesamtschulen errichten, gäbe es dafür die Unterstützung des Kultusministers. Eine Genehmigung würde nicht scheitern. Peter von Oertzen erklärte sein ausdrückliches Interesse an einer Gesamtschule in seinem Wahlkreis.

Dass daraus zwei Gesamtschulen wurden, hängt mit der Konsensbildung im Göttinger Kreistag zusammen. Die CDU wollte sich an dem Beschluss beteiligen und plädierte dafür, das Modell einer kooperativen Gesamtschule, das von CDU-Bildungspolitikern für möglich gehalten wurde, ebenfalls zu erproben. Namentlich der Hochschulpädagoge *Kurt Aurin*, der die niedersächsische CDU beriet, vertrat dieses Modell. In Göttingen engagierte sich dafür die CDU.

Die erzielbare Einstimmigkeit förderte den Mammut-Beschluss vom 18. März 1971. Das *ob* war entschieden, unklar war noch das *wie*.

Über den Planungsprozess werden nach mir *Peter Brammer* und für den erkrankten *Dieter Neckritz Tom Wedrins* berichten, die Beratungen in den Gremien von Kreistag und Rat hat *Hans-Georg Herrlitz* im *Göttinger Jahrbuch 2011* beschrieben. Ich verweise darauf.

Darstellen möchte ich die politisch-rechtlichen Hindernisse, die nach dem mutigen Einstieg der Realisierung in den Weg gestellt wurden. Verwaltungsintern erschreckte zunächst das geschätzte finanzielle Volumen für die notwendigen Schulbauten, was die Stadtverwaltung zur Mitbeteiligung am Gesamtschulprojekt anregte.

1968 hatte es zentrale Veränderungen an der Spitze der Stadt gegeben. Mit *Kurt Busch* gab es nach 20jähriger Unterbrechung erneut einen SPD-Oberstadtdirektor und mit *Konrad Schilling* einen von der SPD gestellten Schuldezernenten. Da die beabsichtigten Gesamtschulen die Trägerschaft der Hauptschulen berührten, sah die Stadtverwaltung eine Chance, über das freundliche Angebot von Mitfinanzierung und Einbringung einer bestehenden Hauptschule – vorgeschlagen wurde die *Albert-Schweitzer-Schule* – einen Teil der Trägerschaft für weiterführende Schulen zurückzugewinnen.

Die Position der Stadt wurde gestärkt, durch eine rechtliche Stellungnahme des Kultusministeriums, um die komplizierte Rechtslage nach dem Göttingen-Gesetz zu klären.

In einem Schreiben vom 9. Juni 1971 teilte *Peter von Oertzen* dem Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, *Artur Levi*, mit:

„eine integrierte Gesamtschule ist... eine allgemein bildende Schule... keine bloße Zusammenfassung der bisherigen Schularten. Nach dem Göttingen-Gesetz werde Träger der integrierten Gesamtschule der Landkreis (sein)... Die Stadt Göttingen könnte rechtlich nichts einwenden... Im Gegensatz hierzu könnte der Stadt die Errichtung einer integrierten Gesamtschule nur im Einvernehmen mit dem Landkreis genehmigt werden.“

Damit war für den Landkreis der Weg frei: Für eine IGS mit Standort Göttingen-Geismar konnten die Planungen intensiviert werden.

Für die geplante Kooperative Gesamtschule benannte der Oertzen-Brief das zu lösende Problem:

Bei einer kooperativen Gesamtschule werden die bisherigen Schularten nicht beseitigt. Gymnasium, Realschule und Hauptschule bleiben erhalten, so dass eine kooperative Gesamtschule nicht ohne die Trägerschaft für alle Schularten entstehen könne. Es müsse deshalb Einvernehmen zwischen Stadt und Landkreis hergestellt werden. Für den notwendigen Schulzweckverband müssten Stadt und Landkreis eine Vereinbarung abschließen. Ohne Vereinbarung könne der Kultusminister nach dem geltenden Schulverwaltungsgesetz durch Verordnung die Trägerschaft nur auf

den Landkreis übertragen. Wollte die Stadt eine KGS errichten, müsse es eine Vereinbarung geben.

Der Brief schließt mit der freundlichen Bitte, ohne Streit zu einer Lösung zu kommen.

Die Verhandlungen zwischen Stadt und Landkreis intensivierten sich daraufhin, wurden jedoch bald von der letzten Runde der Gemeinde- und Kreisreform überlagert.

Göttingen hatte eine weitere Runde von Eingemeindungen zu bewältigen und zum historischen Landkreis Göttingen sollten die Landkreise Duderstadt und Münden hinzukommen, verknüpft mit der Bildung von Großgemeinden im vergrößerten Landkreis. Die politischen und rechtlichen Probleme der Gemeinde- und Landkreisbildung überlagerten in den folgenden Monaten alles. Erschwerend für die Lösung der Gesamtschulprobleme kam hinzu, dass im Landkreis Göttingen der mit den Planungen vertraute Oberstadtdirektor Hans Kellner als Regierungspräsident nach Hildesheim wechselte und sein Nachfolger *Rudi Ronge* aus dem Landkreis Münden erst mit dem Thema *Gesamtschule* vertraut gemacht werden musste. Überraschend verzögerte eine weitere Entscheidung die Lösung der Trägerschaftsfrage. Regierung und Landtag erledigten nicht rechtzeitig die Gesetzgebung für die Gebietsreform in Südniedersachsen, so dass die turnusmäßige Kommunalwahl vom Oktober 1972 auf den März 1973 verlegt wurde.

Die Planungen für die Gesamtschulen konnten weitergehen, jedoch fehlte es weiterhin an einer Vereinbarung über die Trägerschaft für die Kooperative Gesamtschule und an notwendigen Haushalts- und Baubeschlüssen im Rat der Stadt bzw. im Kreistag. Erst nach der Kommunalwahl sollten diese Entscheidungen fallen.

Die reguläre Kommunalwahl am 22. Oktober 1972 brachte ein außerordentliches Ergebnis für die SPD: Fast überall gewann sie absolute Mehrheiten. Im Vorfeld der Bundestagswahl 1972, die die SPD zur stärksten Fraktion im Bundestag machte, hieß es: *Willy Brandt wurde ins Rathaus gewählt*. Die SPD in der Stadt wie im neuen Landkreis ging also mit Optimismus in die Kommunalwahl am 25. März 1973. Sie erwartete ähnlich gute Ergebnisse und erlebte eine Enttäuschung.

Auseinandersetzungen in der Göttinger SPD und die massive Mobilisierung im ehemaligen Landkreis Duderstadt, wo die Fusion mit Göttingen bis zur letzten Minute bekämpft worden war, bescherten der CDU ein sehr gutes Wahlergebnis. Die SPD/FDP-Koalition besaß im neuen Kreistag nur eine Ein-Stimmen-Mehrheit, die schon in der konstituierenden Kreistagssitzung verloren ging, da ein konservativer FDP-Kreistagsabgeordneter zur CDU übertrat.

Bald darauf erklärte die CDU-Kreistagsfraktion, dass sie sich an den gemeinsamen Gesamtschul-Beschluss von 1971 nicht mehr gebunden fühle. Auch wiederholte Gespräche mit der CDU-Führung bewirkten keine Änderung.

Wir bekamen jetzt in Göttingen die Veränderung des schulpolitischen Klimas im Lande zu spüren. Solange die Große Koalition bestand, hatte sich die CDU offen gegenüber Gesamtschulversuchen gezeigt, seit der 1970 verlorenen Landtagswahl ging sie Zug um Zug auf Gegenkurs. 1973, im Beratungsprozess über das neue Schulgesetz, das die Gesamtschule zur Regelschule machen sollte, unterstützten auch ihre Kommunalfraktionen diesen Kurs.

Nun war guter Rat teuer. Klar war: bis zur nächsten Kommunalwahl 1976 würden wir im Kreistag nichts erreichen, weder Beschlüsse zur Realisierung der IGS noch eine Verwaltungsvereinbarung, die der Stadt die Realisierung der KGS erlaubt hätte.

Was wir nicht ahnen konnten: auch das Warten auf 1976 hätte keine Lösung gebracht, denn ab Februar 1976 regierte die CDU im Land und blockierte für 14 Jahre die Gesamtschulentwicklung.

Ich erinnere mich an eine Begegnung mit Peter Brammer im Mai 1973, als ich ihm in seinem Büro eröffnete, dass unser Gesamtschulprojekt wohl gescheitert wäre. Wir könnten zwar noch hoffen, aber die CDU wäre auf prinzipielle Gegnerschaft festgelegt. Selbstverständlich suchten wir fieberhaft nach einem Weg aus der Blockade.

„Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“, ermutigt uns Hölderlin. Das Rettende oder Retter war der damalige Schulrechtsreferent des Kultusministeriums, Hans Claasen. Claasen schlug vor, die weiterführenden Schulen mit dem in Beratung befindlichen neuen Schulgesetz auf die Stadt Göttingen zurück zu übertragen.

Dieser brillante Vorschlag stieß auf vielfache Zustimmung: bei Peter von Oertzen, denn dadurch würde das Vorzeigeprojekt in seinem Wahlkreis realisierbar werden, bei der SPD der Stadt Göttingen, auch bei unserer Koalitionspartnerin FDP, bei der Stadtverwaltung, bei den Gesamtschulplanern und bei der GEW. Die CDU-Ratsfraktion reagierte zwiespältig: sie war für die Rückkehr der Schulen, aber gegen die Errichtung der Gesamtschulen.

Skeptisch wurde der Vorschlag von der SPD-Kreistagsfraktion aufgenommen. Sie befürchtete, dass nach einem Jahrzehnt Göttingen-Gesetz mit der Rückübertragung der weiterführenden Schulen die Stadt einen ersten Schritt zur Aufhebung des Gesetzes einleiten würde. Pläne in dieser Richtung betrieb die Stadt tatsächlich und das Misstrauen im Kreistag war deshalb nicht grundlos. Erst als Klaus-Peter Bruns, der ehemalige Landrat, einer der Väter des Göttingen-Gesetzes, damals Landtagsabgeordneter und Landesminister, seine Zustimmung signalisierte, stimmte die Unterbezirks-/Kreis-SPD zu. Bruns bewegte zur Zustimmung die bedrohte Planung für die IGS Göttingen-Geismar, die er als Schule für den südlichen Teil seines Wahlkreises ansah. Ambivalent war die Haltung des neuen Oberkreisdirektors

Rudi Ronge, den – an die Dimensionen des kleinen Landkreises Münden gewöhnt – ohnehin das im neuen Landkreis Göttingen beabsichtigte Finanzvolumen für den Schulbau beunruhigte: das Otto-Hahn-Gymnasium war gerade fertiggestellt, mit dem Bau der BBS II an der Godehardstraße sollte begonnen werden, mit dem in Beratung befindlichen Schulgesetz zeichneten sich mit der Einführung der Orientierungsstufe beträchtliche Investitionen in Duderstadt, Hann. Münden und mehreren Landgemeinden ab. Sollten die beiden Gesamtschulen hinzukommen, schätzte man das Bauvolumen innerhalb der beginnenden Wahlperiode auf mehr als 50 Millionen DM. Rudi Ronge leistete wenig Widerstand gegen die Veränderung der Schulträgerschaft, er pochte nur auf eine faire Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Landkreis und Stadt. Bleibt noch hinzuzufügen, dass die CDU-Kreistagsfraktion die Rückübertragung ablehnte.

Nach Abklärung dieser politischen Vorfragen konnte die Realisierung des Gesetzesprojektes beginnen. Hier waren mehrere Hürden zu überwinden: nach der üblichen Parlamentsregel konnte am eingebrachten Gesetz die Regierung nur mit Hilfe einer Ergänzungsvorlage Änderungen einleiten, was wegen des komplizierten Verfahrens Peter von Oertzen vermeiden wollte. Es musste deshalb der Weg über einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion gewählt werden. Peter von Oertzen holte sich dafür die Zustimmung im SPD-Fraktionsvorstand und im Fraktionsarbeitskreis. Mit dem Kollegen Innenminister, der für das Göttingen-Gesetz zuständig war, klärte er ab, dass das mitberatende Innenministerium in den Ausschussberatungen keine Einwände erhob. Nun musste die geplante Ergänzung als §§ 184 und 185 nur noch ins Gesetz.

Diesen Part übernahm Inge Wettig-Danielmeier, die Ende 1972 überraschend in den Landtag nachgerückt war und für die SPD-Fraktion die Ausschussberatungen des Schulgesetzes koordinierte. Es wird sie nicht erstaunen, dass die CDU-Landtagsfraktion sich gegen die Änderungen aussprach. Der Göttinger CDU-Abgeordnete Heinz Müller war der Sprecher für den CDU-Widerstand.

Am 30. Mai 1974 gelang dann die Verabschiedung des Schulgesetzes mit einer Stimme Mehrheit gegen den geschlossenen Widerstand der CDU-Fraktion. Das Gesetz trat am 1. August 1974 in Kraft. Damit war der Weg für den pünktlichen Start der Gesamtschulen zum Schuljahresbeginn 1975 frei.

Nachdem die SPD rechtzeitig innerparteilich eine Einigung über den notwendigen neuen Finanzausgleich erzielte, den der § 185 ebenfalls vorschrieb, lösten die Stadtverwaltung und die SPD/FDP-Ratsmehrheit die gegebenen Zusagen über die Realisierung von zwei Gesamtschulen ein. Oberstadtdirektor Kurt Busch (SPD) hielt sich an sein Versprechen: „Wenn wir die weiterführenden Schulen zurück bekommen, werden die Gesamtschulen gebaut“. Auch finanzpolitische Einwände wegen der zukünftigen Haushaltsbelastungen bewogen ihn nicht zur Einschränkung seiner Zusage.

Unterschlagen möchte ich nicht die zuverlässige Unterstützung des Gesamtschulprojektes durch unseren Koalitionspartner FDP, namentlich sind *Ulrike von Heynitz* und *Torsten Wolfgramm* zu erwähnen. Die Liberalen waren damals durchaus gesamtschulfreundlich. Ihr eigenes Reformprojekt die *offene Schule*, das der Osnabrücker Pädagoge *Horst Wetterling* entwickelte, unterschied sich nur graduell von den SPD-Überlegungen.

Nach dem hoffnungsvollen Beginn 1975, löste der Sturz der SPD/FDP-Regierung im Februar 1976 Befürchtungen aus, dass die CDU-Alleinregierung, ab Herbst erweitert um die FDP, den in Gründung befindlichen Gesamtschulen ein Ende bereiten würde. Dagegen stand der neue Koalitionspartner FDP, der in der Schulpolitik keine grundsätzliche Änderung mittragen wollte, und der neue Kultusminister *Werner Remmers* war für eine radikale Wende gegen die Gesamtschulversuche ebenfalls nicht zu gewinnen. Remmer erhielt den Gesamtschulen, vor allem der inzwischen weitgehend eingeführten Orientierungsstufe, die Arbeitsmöglichkeiten, obwohl er sich harsche Kritik auf den CDU-Landesparteitag anhören musste. Auch die Göttinger CDU beteiligte sich daran.

Als 1978 die CDU die absolute Mehrheit der Landtagssitze gewann, war die Entwicklung soweit fortgeschritten, dass grundsätzliche Korrekturen nur noch im großen Konflikt möglich gewesen wären, außerdem belegte der Zuspruch zu den Gesamtschulen, dass sie vom Elternwillen akzeptiert wurden. Dem CDU-Argument, dass die staatliche Schulpolitik den Elternwillen respektieren müsse, entzog die Realität den Boden.

Sicher gab es in den 14 Jahren CDU-Regierung weiterhin offene und versteckte Kritik, auch Behinderungen, darüber könnten Peter Brammer und Dieter Neckritz berichten, und das Engagement von Rat und Verwaltung, unserer Landtagsabgeordneten war immer wieder gefragt. Doch irgendwann waren die Gesamtschulen in Göttingen zum festen Bestandteil geworden.

In den 1990er Jahren, als wiederum die SPD die Landesregierung bildete, wurde zwar, angesichts der immer noch hohen Anmeldezahlen, über eine dritte Gesamtschule diskutiert, aber zum konkreten Antrag kam es nicht. Ab 2003 begann dann erneut eine 10jährige Wartezeit, weil eine CDU/FDP-Landesregierung die überholte Blockade der Gesamtschulentwicklung wieder aufleben ließ. Erst in diesem Jahr kann die seit langem gewünschte dritte Gesamtschule starten.

Was lehrt uns der Rückblick auf den schwierigen Start vor über 40 Jahren?: Ohne Beharrlichkeit gibt es keine Veränderungen. Das hartnäckige Bohren des dicken Brettes Gesamtschule betrieb eine Gruppe von Göttinger Schulpolitikern und Pädagogen, wären sie vor den vielfältigen Schwierigkeiten zurück gewichen, gäbe es die Göttinger Gesamtschulen nicht. Glück haben sie auch gehabt, denn die geschilderten politischen Probleme hätten ein schnelles Ende bedeuten können.

Sie haben mit ihren schulpolitischen Vorstellungen nicht nur Recht gehabt, sie haben auch Recht bekommen. Der nachhaltige Erfolg der Gesamtschulen belegt dieses. Heute will niemand mehr gegen die Gründung der Gesamtschulen gewesen sein.

Anmerkungen

Die Fakten zur politischen Geschichte und Schulgeschichte Göttingens sind der *Göttinger Stadtgeschichte* entnommen:

Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Bd. 3.,

Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt 1866-1969.

Hg. Rudolf von Thadden und Günter J. Trittel, Göttingen 1999.

Einschlägig sind die Aufsätze von *Adelheid von Saldern, Fritz Hasselhorn, Cordula Tollmien, Günter J. Trittel, Berthold Michael*.

Die dort geschilderte Stadtentwicklung bewerte ich an einigen Stellen anders.

Meine Verweise auf die allgemeine Schulgeschichte im *Deutschen Reich* und in der *Bundesrepublik Deutschland* beruhen auf *Ludwig von Friedeburg: Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch*, Frankfurt am Main 1989.

Als Zeitzeuge und mitgestaltender Bildungspolitiker bin ich mit Göttinger Schulpolitik seit Beginn der 1960er Jahre verbunden.

Ich begleitete *Peter von Oertzens* Weg seit 1967: War sein Wahlkampfleiter 1967 und 1970 und folgte ihm ins Kultusministerium, wo ich als *Planungsreferent* für *Politische Aspekte der Bildungsplanung* zuständig war, außerdem war ich dem Ministerbüro für Sonderaufgaben zugeordnet.

Da ich 1972 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks wurde, der den 1972/73 gebildeten Landkreis Göttingen umfasst, beschäftigten mich die Kreispolitik und der Kampf um die beiden Gesamtschulen über Jahre. Von 1976 bis 1982 habe ich dann als Schulausschussvorsitzender des Kreistages über die Schulentwicklungsplanung unmittelbar an der Göttinger Schulpolitik mitgearbeitet.

Die Dokumente zu den geschilderten Diskussionen und Auseinandersetzungen befinden sich im Privatarchiv *Inge Wettig-Danielmeier/Klaus Wettig*. Sie sind auf Anfrage zugänglich.

Die Beratungen über die Göttinger Gesamtschulprojekte im Rat und im Kreistag schildert *Hans-Georg Herrlitz: Die schwierige Geburt einer erfolgreichen Schule*. Rückblicke auf die Entstehung der integrierten Gesamtschule in Geismar vor vierzig Jahren. Göttinger Jahrbuch 2011, S.175 ff.

Ergänzend dazu:

Hans-Georg Herrlitz: Der Streit um die Gesamtschule in Niedersachsen. Ein dokumentarischer Rückblick auf die Landtagsdebatten 1967-2012, Göttinger Beiträge zur erziehungswissenschaftlichen Forschung 34, Göttingen 2013.

Über die inhaltliche Vorbereitung berichtet *Peter Brammer: Schulentwicklung und Schulreform – Konkret*. Erste Dokumente der Konzeptentwicklung der Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule IGS-Göttingen-Geismar, Göttingen 2015.